



Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

Thomas Strobl MdB

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Heilbronn
Landesvorsitzender der CDU Baden-Württemberg

22.-26. April 2013

Nr. 74

Angemessene und überfällige Entschädigung Contergan-Hilfen im Bundestag beschlossen

„Nun ist es beschlossen. Mir fällt ein Stein vom Herzen, dass wir das noch in dieser Legislaturperiode geschafft haben. Wir sind nicht am Ende des Weges, aber so einen großen Schritt gab es für die Contergan-Geschädigten noch nie. Super!“, so der von Anfang an engagierte Abgeordnete Thomas Strobl nach der Abstimmung am Donnerstagnachmittag. „Um zu sehen, welcher Meilenstein nun 50 Jahre nach dem Contergan-Skandal erreicht wurde, muss man die Summen einmal vergleichen: 1970 bekamen die Eltern der Geschädigten gerade mal 100 Mio. DM (für alle zusammen!) als einmalige Entschädigung vom Hersteller. Was danach monatlich vom Staat kam, war viel zu wenig. Seit 2008 bekamen die Geschädigten immerhin Renten in Höhe von 500-1.000 Euro monatlich (35 Mio. Euro pro Jahr). Heute aber sprechen wir von Renten in Höhe von bis zu 7.000 Euro und insgesamt 150 Mio. Euro jährlich! Das ist angemessen!“

„Andererseits bleibt selbst jetzt die Frage, wie viel Geld ein vier- bis fünffach geschädigter Mensch (der keine Arme, keine Beine und zusätzlich kaputte innere Organe hat) braucht, um menschenwürdig leben zu können“, so Thomas Strobl weiter.

Warum aber der Staat? Weil die Bundesrepublik Deutschland – aus welchen Gründen auch immer – die Firma Grünenthal von jeder Haftung freistellte und in die Rechtsnachfolge eintrat. Damit hat der Staat den Geschädigten die Möglichkeit genommen, ihren Schaden bei der Firma geltend zu machen.



Das Schlafmittel Contergan ist von Schwangeren ahnungslos eingenommen worden. Damals gab es kein Gesetz, das richtige Tests für Medikamente vorschreiben hätte.

Das Geld wird dringend benötigt, um etwa behindertengerechte Hilfsmittel in den Wohnungen oder Rollstühle anzuschaffen. Viele brauchen Zahnersatz oder Behandlungen für wachsende Schmerzen, etwa im Rücken, der ja ständig verkrümmt werden muss. Einige Betroffene haben auch schon Pläne gemacht, was sie mit dem Geld anfangen wollen, das ab August rückwirkend ausgezahlt wird: im Sommer wollen manche etwa zum ersten Mal in den Urlaub fahren. Das Geld hatte bisher nie für zwei gereicht, jetzt kann die Begleitperson erstmals mitkommen.

Netz um Steuerflüchtlinge zieht sich zu

Der Fall Hoeneß hat diese Woche in einer Aktuellen Stunde auch den Deutschen Bundestag beschäftigt. Zunächst sah es aus, als sei die Offenbarung des FC-Bayern-Präsidenten ein Wahlgeschenk an SPD und Grüne, die das Steuerabkommen mit der Schweiz verhindert hatten. Doch die Debatte hat sich im Laufe der Woche gedreht. Warum?

- 1) Weil unbestreitbar ist, dass der internationale Informationsaustausch unter Bundesfinanzminister Schäuble durch zahlreiche Abkommen enger geworden ist, sei es mit Österreich, Liechtenstein, fernöstlichen oder karibischen Kleinststaaten.
- 2) Weil ein Steuerhinterzieher mit dem Steuerabkommen verhältnismäßig nicht so gut weggekommen wäre, wie er es mit einer Selbstanzeige tut. Mit dem Steuerabkommen wäre das gesamte Schwarzgeld pauschal mit bis zu 40 Prozent besteuert worden.
- 3) Weil Union und FDP mit dem „Schwarzgeldbekämpfungsgesetz“ 2011 eine zusätzliche Strafsteuer eingeführt haben. Uli Hoeneß muss nun seine Steuern nicht nur nachzahlen und sie mit 11 Prozent auf zehn Jahre rückwirkend verzinsen, sondern auch noch eine Strafsteuer von 5 Prozent bezahlen.
- 4) Weil sich außer Uli Hoeneß eben nicht noch viele andere selbst angezeigt haben. So wird nun ein einziger prominenter Steuerhinterzieher zur Rechnung gezogen, die vielen anderen drohen aber weiterhin unentdeckt zu bleiben. Schlimmer noch: Ohne Steuerabkommen sind zum 31. Dezember 2012 viele der Steuerstraftaten verjährt.

- 5) Weil der deutsche Fiskus mit dem Steuerabkommen mit Einnahmen von bis zu 10 Milliarden Euro rechnen konnte. Heute müssen die Millionen mühsam und illegal über CD's zusammengekauft werden. Das bedeutet: erheblich geringere Einnahmen.



Im Übrigen war es der sozialdemokratische Finanzminister Hans Eichel, der mit einer Art Generalamnestie für Steuerflüchtlinge das Tor zur Straffreiheit weit geöffnet hatte. Und nicht der Ironie entbehrt, dass Uli Hoeneß einst zum Beraterkreis des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück gehört hat.

„Natürlich bin auch ich geschockt über den Fall Hoeneß, natürlich freut man sich über jeden einzelnen Steuerhinterzieher, der erwischt wird. Aber aus persönlicher Freude über einen erwischten Steuerhinterzieher die Milliardensummen vieler anderer Steuerhinterzieher unangetastet liegen lassen - das ist schon rein finanziell ein miserabler Tausch. Ein besseres Abkommen mit der Schweiz wird es auf absehbare Zeit nicht geben“, so der direkt gewählte Heilbronner Abgeordnete Thomas Strobl dazu.

Stärkung der mittelständischen Wirtschaft

Mit der Koalitionsmehrheit hat der Bundestag an diesem Donnerstag einen Antrag von CDU/CSU und FDP angenommen, den "starken deutschen Mittelstand weiter zukunftsfest" zu machen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, den Bürokratieabbau, ihre Fachkräfte-Offensive zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und die Hightech-Strategie 2020 fortzusetzen und das Umfeld für Unternehmensgründungen und -übernahmen weiter zu verbessern. Die Koalitionsabgeordneten würdigten den deutschen Mittelstand mit seinen überragenden Leistungen für die wirtschaftliche Stabilität, den gesellschaftlichen Wohlstand und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Als konkrete Entlastungsmaßnahme wurde ebenfalls in dieser Woche im Bundestagsplenum das „Gesetz zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen sowie zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften“ beschlossen. Damit werden die steuerlichen Aufbewahrungsfristen von derzeit zehn auf acht Jahre und ab 2015 auf nur noch sieben Jahre verkürzt und damit die Bürokratiekosten um über 2 Milliarden Euro verringert.



Der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg Thomas Strobl besucht die Firma KLEO Halbleitertechnik GmbH in Tettngang am Bodensee, einen von vielen erfolgreichen baden-württembergischen Mittelständlern.

Lieber Leserinnen und Leser, liebe Freunde,

nachdem wir als CDU Baden-Württemberg in allen Bundestagswahlkreisen unsere

Direktkandidaten nominiert haben, gilt es am Samstag, den zweiten

wichtigen Grundstein für ein erfolgreiches Abschneiden im September dieses Jahres zu legen.

Gewählte Vertreterinnen und Vertreter der rund 70.000 Mitglieder der CDU in Baden-Württemberg entscheiden darüber, wer auf der Landesliste für unsere Partei kandidiert.

Am 22. September gilt's! Die CDU und Bundeskanzlerin Angela Merkel haben Deutschland voran gebracht! Vom Schlusslicht unter Rot-Grün ist Deutschland trotz internationaler Finanzmarkt- und Schuldenkrise im Euro-Raum wieder zum Wachstumsmotor in Europa geworden. Dieser Kurs solider Staatsfinanzen, kluger Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und der Eurostabilisierung kann nur mit einer starken CDU fortgeführt werden. Daher kämpfe ich dafür, dass wir wieder stärkste politische Kraft werden.

Herzliche Grüße

Thomas Strobl

Abgeordnetenbüro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn
Tel.: 07131/ 982 4215 • Fax.: 07131/ 982 4216
thomas.strobl@wk.bundestag.de
www.thomas-strobl.de

Abgeordnetenbüro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227 72542 • Fax.: 030/ 227 70132
thomas.strobl@bundestag.de

v.i.S.d.P.:

Antonia Ritter, Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB
Zur Abbestellung bitte Nachricht an Abgeordnetenbüro

